

Bei Angriffen und Beschimpfungen
Hinsehen! Melden! Eingreifen!

Kein Kiez für Nazis!



Initiative-Gegen-Rechts.de

Lesben und Schwule sind in
Friedrichshain verstärkt von Pöbeleien
und Angriffen betroffen.

STOP HOMOPHOBIA!



AUGEN AUF!

Gewalttaten melden! Solidarität zeigen!

www.Initiative-Gegen-Rechts.de
Maneo.de | lesbenberatung-berlin.de

**Filmreihe gegen Spekulation
und Zwangsäumung (S. 6)**

Fabrikbesetzerinnen (S. 9)

Editorial

Hallo FriedrichshainerInnen!

Einen tollen Sommer gab es nicht wirklich, der goldene Herbst bleibt wohl auch ein Traum - um so besser, daß es Alternativen gibt. Einiges, womit man sich für die Kurzweil und den Geist beschäftigen kann, findet sich in dieser Zeitung. Es lohnt sich, darüber nach zu denken, vorbei zu schauen oder aktiv zu werden.

Heizen Sie den noch vorhandenen Ofen, drehen Sie die Heizung auf - freuen Sie sich auf ein warmes Zuhause, nachdem Sie an der ein oder anderen Veranstaltung teilgenommen haben oder freuen Sie sich über eine neue Rubrik von Sven, der Ihnen Vereine und Initiativen im Gebiet vorstellen wird!

die redaktion

Initiative gegen Rechts Friedrichshain

Die Ini hat einen LSK (Lokales Soziales Kapital) -Antrag beim Bezirksamt bewilligt bekommen. Von den Geldern wurde z. B. ein Transparent bezahlt, welches bereits erstmalig zur Biermeile im Einsatz war. Es wurden auch Aufkleber (s. links) und Flyer hergestellt, die sich gegen rechte Strukturen richten. Diese können zur optischen Verbreitung im Gebiet im Mieterladen abgeholt werden. Wer Kontakt zur Ini aufnehmen oder mehr über die Arbeit erfahren möchte, hat dazu jeden 1. Dienstag um 19 Uhr im Mieterladen Gelegenheit. Mitstreiter sind sehr erwünscht, Spenden auch.



UBI KLIZ EV

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE KOMMUNIKATIVES LEBEN IN ZUSAMMENARBEIT E. V.
GEMEINNÜTZIG AUF FOLGENDEN GEBIETEN (IM SINNE DER FÖRDERUNG VON):
VERBRAUCHERSCHUTZ UND -BERATUNG, KULTUR, VOLKSBIILDUNG, VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Mieterberatung und Information

Mo 18 - 20 / Do 19 - 20 Uhr
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)
& Mi 19 - 20 Uhr

MAE Kiezpool (ESF/EFRE gefördert)

Mo 10-13 Uhr / Do 16-19 Uhr

Initiative gegen Rechts

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

ALG II - Sozialberatung

Mo / Do 13 - 17 Uhr + Mi 10 - 14 Uhr

Arbeitslosen- und Rentenberatung

mit Anwälten vom Arbeitslosenverband
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Nur mit vorheriger telefonischer Anmeldung

Vernissagen 1. Freitag/Monat ab 19 Uhr

Kampagne Musik gegen Gewalt

CLOF eV: Die 10 - 13 Uhr & Fr 11-12 Uhr

Wir bitten

alle Ratsuchen dringend, die thematischen
Öffnungszeiten unbedingt einzuhalten, da nur
zu diesen Zeiten die entsprechenden Fach-
berater vor Ort sind und bestmögliche Un-
terstützung geben können.

Während der Mieterberatungszeiten ...

... drucken, kopieren, faxen, laminieren etc.
zum Selbstkostenpreis und PC-Nutzung
... Ausleihe: Pavillon, Bierzeltgarnitur, Over-
headprojektor, Beamer / DVD, Flipchart

IMPRESSUM

Die Stadtteilzeitung erscheint monatlich. Beiträge
sind ausdrücklich erwünscht. Beiträge ohne Namens-
nennung sind von der Redaktion erstellt.

Herausgeber: UBI KLIZ e. V.
V.i.S.d.P.: Heike Weingarten
Red.-schluß: 20. des Vormonats.
unterstützt von: Klaus, Gigi, Yvonne,
Achim, Heiko und Sven.

UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin
Tel. / Fax: 030 - 74 07 88 31
www.ubi-mieterladen.de
mieterladen@gmx.de

GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto: 12 637 500, BLZ: 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar

Berliner MieterGemeinschaft

Möckernstraße 92, 10963 Berlin, Tel.: 216 80 01



Wir sind Kooperationspartner von Berlins
preisgünstigem und alternativem Mieter-
verein:

BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT e. V.
Infos zu Mitgliedschaft, Kosten, Recht-

schutz und politischem Engagement ge-
ben wir Ihnen gerne. Ebenfalls findet bei
uns die Beratung durch qualifizierte An-
wälte statt. Umfassende Infos finden Sie
unter www.bmgev.de.

Der Reisestecker: USB-Stick als vollwertiges Notebook nutzen



Henson Stehling zeigt im Mieterladen, wie sich ein kompletter Computer auf einem USB-Stick unterbringen lässt. Und von dort startet. Betriebssystem, Textverarbeitung, Mailserver, Internetbrowser und andere Programme mehr passen auf einen Stick. Eine praktische Sache für Reisende auf dem Weg nach Heiligendamm und anderswo. Fast jeder Computer weltweit lässt sich so einfach als der eigene Computer starten, mit persönlichen Einstellungen, Programmen und Mailzugang. Virensicher. Der USB-Stick wird zum Computer in der Brust-

tasche, und jedes Internetcafé zum privaten Arbeitsplatz. Selbst dann, wenn der Computer des Gastgebers normalerweise nicht vom USB-Stick hochfährt.

Ort und Zeit:

Mieterladen, Kreuzgerstr. 23

Dienstag, 09.10.2007, 19 - 21 Uhr

Eigene Notebooks/Sticks sind zum Ausprobieren willkommen. Bitte evtl. Leer-CDs mitbringen und eine Diskette (für alte Rechner).

Um Anmeldung wird gebeten.

Eintritt frei! Spende für Beamer erwünscht.

Arbeitslosengeld II: Erhöhung des Regelsatzes

Deutscher Bundestag – Petitionsausschuss -

Eingereicht durch: Florian Paul am Montag, 06.08.2007

online unterzeichnen (Abschlussstermin 11.10.2007)unter:

http://itc.napier.ac.uk/e-Petition/bundestag/view_petition.asp?PetitionID=507

Mit der Petition wird die Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens 420 Euro für Erwachsene und die Erhöhung des Regelsatzes für Kinder und Jugendliche von 60% auf 80 % gefordert.

Begründung: Einer Studie der Universität Bonn zufolge reicht der Hartz-IV-Regelsatz nicht aus, um Kinder und Jugendliche gesund und ausgewogen zu ernähren. Die Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung der Universität Bonn sollte endlich neben der Opposition auch und gerade die Regierung zum Handeln bewegen.

Das eigentliche Problem liegt in der Festsetzung des Hartz-IV-Regelsatzes, die auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2003 erfolgte und die Preissteigerungen der letzten vier Jahre nicht erfasst. Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II müssen diese praktisch vorfinanzieren und erhalten da-

durch eine Grundsicherung, die nicht den realen alltäglichen Bedarf abdeckt. - Demnach veranschlagt der Gesetzgeber für Nahrung und Getränke bei 14- bis 18-Jährigen lediglich 3,42 Euro pro Tag. Selbst wer nur beim Discounter kauft, muss jedoch im Schnitt 4,68 Euro täglich hinblättern, um den Appetit eines Teenagers mit ausgewogener Kost zu stillen. - so die Studie. Da Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren nur 80 % des Regelsatzes erhalten, Kinder unter 14 Jahren gar nur 60 %, treten die daraus resultierenden Probleme bei ihnen besonders deutlich hervor. Für 2,5 Millionen Kinder und Jugendlichen in Deutschland, die auf oder unter Sozialhilfeniveau leben, sind keine ausreichenden Regelsatzleistungen für Gesundheit, Ernährung, Schulsachen und Bildung vorgesehen. Handlungsbedarf ist längst überfällig und dringend angebracht.

Irrrən ist amtlich – Beratung kann helfen!



Beratungsaktion zu Hartz IV vor Jobcentern war erfolgreich

Nach 3 Wochen endete die Beratungsaktion des Berliner Arbeitslosenzentrums (BALZ), einer Einrichtung von evangelischer Kirche und Diakonie, vor den Berliner Jobcentern. Sozialberater beantworteten Fragen zum ALG II und informierten über Möglichkeiten, gegen Fehlentscheidungen der Arbeitsverwaltung vorzugehen.

Frank Steger, Vorsitzender des BALZ und Koordinator der Aktion: „Der Beratungsbuss wurde sehr gut und dankbar aufgenommen, teilweise wurden unsere Berater regelrecht belagert. Wir hatten durchschnittlich 25 Beratungen am Tag. Dazu kamen zahlreiche Kurzauskünfte und Gespräche, in denen die Leute ihren Kummer mit der Arbeitsverwaltung loswerden wollten.“ In einem Fall erwirkte eine junge Familie mit Hilfe der Berater eine einstweilige Anordnung beim Sozialgericht. Die Familie hatte nach einem Umzug von Neukölln nach Schöneberg keine Leistungen mehr erhalten.

Wegen der großen Nachfrage nach dem mobilen Beratungsangebot erwägt der Vorstand des BALZ, die Aktion 2008 wieder aufzunehmen. Nach Ansicht von Steger zeigen die Rückmeldungen der Jobcenter-Kunden, daß auch 2 Jahre nach Einführung von Hartz IV noch Vieles nicht rund laufe. „Vor 2 Jahren wurde immer wieder entschuldigend auf Anlaufschwierigkeiten bei der Arbeitsmarktreform verwiesen, wenn Hilfebedürftige stundenlang ausharren mussten, Akten verschwanden, Anträge teilweise mo-

natelang nicht bearbeitet wurden. 2007 kann niemand erwarten, daß Arbeitsuchende dafür immer noch Verständnis aufbringen“, so Steger. Die Kunden wünschten sich bessere Beratung, qualifizierte / ansprechbare Mitarbeiter und nachvollziehbare Bescheide. Auch die Dauer der Antragsbearbeitung müsse beschleunigt werden.

Steger, der ausdrücklich keine Pauschal-kritik an der Arbeit der Jobcenter-Mitarbeiter üben will, hält es für notwendig, daß die Mittelkürzungen bei der Sozialberatung durch den Senat gestoppt werden. „In den letzten Jahren mußten viele Beratungsstellen trotz wachsenden Beratungsbedarfs schließen. Es kann nicht sinnvoll sein, Menschen in schwierigen Lebenssituationen allein zu lassen.“ Steger hält die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, an die sich Hartz IV-Empfänger bei Problemen mit der Arbeitsverwaltung wenden können, für sinnvoll, weil sich damit sicher eine große Zahl von Klagen und auch Gerichtskosten senken können. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus hatte mit Blick auf die Aktion ihre Forderung nach einer Hartz IV-Ombudsstelle wiederholt.

Die Internetseite www.beratung-kann-helfen.de wird auch nach dem Ende der Aktion freigeschaltet bleiben. Ratsuchende finden dort Adressen von Beratungsstellen und jede Menge hilfreiche Infos und Tipps zum Thema.

Das Register

Wer macht was in Friedrichshain

In dieser Ausgabe präsentiert das Bänsch-Echo eine neue Rubrik – „das Register“. Viele müssten gemerkt haben, dass es in Friedrichshain unzählige Vereine, Initiativen, Aktionsbündnisse usw. gibt.

Um einen kleinen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten zu geben, stellt das Bänsch-Echo nun pro Ausgabe jeweils eine Gruppe aktiver Leute vor.

(f.u.c.)^{e.V.}

Subkulturmanagement. Schon mal gehört? Zwei Begriffe, die sich eigentlich nicht zu vertragen scheinen. Und dann noch in einem Wort.

Nichtsdestotrotz beschreibt der [f.u.c.] e.V. mit dieser Bezeichnung seine Arbeit. Der seit 2004 bestehende Verein möchte jedoch auf keinen Fall Subkultur im Sinne einer Aufarbeitung für ein breiteres Publikum „managen“. Die rund zehn festen Mitglieder des Vereins sind selbst Teil der Subkultur, was schon der Name „fragments of urban culture“ impliziert.

Ganz in diesem Sinne werden junge Künstler und Künstlerinnen in ihrer eigenen Entfaltung gefördert.

Zum Einem durch die Möglichkeit der Präsentation des eigenen Werkes. Aber auch durch die entstehende Möglichkeit des Kontakts und der damit einhergehenden Vernetzung mit anderen Künstlern in Ber-

lin und weltweit. Dabei entsteht eine enorme Bandbreite an subkulturellen Aktivitäten. So erhalten Musiker Unterstützung bei der Arbeit im Tonstudio, konnten kahle Wände mit Streetart verschönert werden oder auch durch entsprechendes Lichtdesign eine bessere Atmosphäre geschaffen werden.

Für neue Mitstreiter und Ideen ist der Verein stets offen. Wer Interesse hat selbst etwas zu schaffen, eigenständig Vorstellungen zu verwirklichen und sich nicht mit dem zufrieden zu geben, was einem an konsumierbarer Kultur vorgesetzt wird, kann sich am Netzwerk beteiligen.

UNRUHIG BLEIBEN!

www.fuculture.net
www.fucnetwork.net

(f.ragments of u.rban c.ulture)^{e.V.}

Weltweit gegen Spekulation und Zwangsräumung

Internationale Filmreihe bei UBI KLiZ e. V., Kreuzzigerstr. 23

Internationale Netzwerke rufen zu einer weltweiten Kampagne für das Recht auf Wohnen und gegen Zwangsräumungen und Immobilienspekulation auf. Bei einem Treffen städtischer Sozialbewegungen am Rande der G8-Proteste in Rostock einigten sich Organisationen aus verschiedenen Ländern auf öffentlichkeitswirksame Aktionen in mehreren europäischen und lateinamerikanischen Städten. Dabei sollen die Themen Wohnungsnot und Ausgrenzung, internationale Immobilienspekulation und Wiederaueignung ungenutzter Räume

verbunden werden.

In Asien haben inzwischen mehrere internationale Netzwerke beschlossen, den UN-Welthabitattag am 1. Oktober mit Straßenaktionen zu begehen.

Demonstrationen sind u.a. in fünf indischen Städten geplant.

Ende Mai erweiterte der internationale Rat des Weltsozialforums bei seinem Treffen in Berlin den Aufruf. Die Kampagne soll von Oktober bis zum üblichen Termin des Weltsozialforums am 26. Januar fortgeführt werden. UBI KLiZ eV beteiligt sich vom 1. bis 5.10.07 mit einer Filmreihe.

Mo, 01.10. / 20:30 Uhr

The Navigators - Geschichten von den Gleisen (Großbritannien)

Vom gut bezahlten Job zur Arbeit in den Tod. Ein Spielfilm über die Privatisierung der Bahn in Großbritannien und die Folgen für die Beschäftigten in den 90er Jahren. Dank an Wilfried.

Di, 02.10. / 21 Uhr

Hoffnung in der Megastadt - Das brasilianische Modell Curitiba

Der Film von Andreas Weiß, Sonderkorrespondent des Bayrischen Rundfunks, dokumentiert die Innovationsfähigkeit des Menschen angesichts globaler Herausforderungen im Jahr 1995. Das Modell Curitiba ist ein beispielhafter Denkansatz zur Lösung urbaner Probleme. Trotz hoher Auflagen wird die Stadt zum Industriemagneten, unterstützt von Programmen zur sozialen In-

tegration, städtebaulichen Ideen, Verkehrskonzepten und alles unter Einbeziehung der Bürger mit einer pro-Bürgermeisterwahlbeteiligung von 92 %! Dank an Andreas Weiß.

Di, 02.10. / 21:40 Uhr

„Die Rigaer Straße“

Eine Straße im Wandel mit Fitneßstudio, Beschäftigungsträger, Seniorenklub und Besetzern - aus der B1 Reihe „Kieztypisches“, eine SFB-Produktion von 1997. (Leider hat der Film mangelhafte Qualität)

Mi, 03.10. / 18 Uhr

Der Aufstand der Würde - Die zapatistische Bewegung in Chiapas/Mexiko

Ein Film von Zwischenzeit - Initiative für soziale, interkulturelle und ökologische Forschung, Analyse und Bildung e. V. Seit 1994 kämpfen die Zapatistas gegen Ausbeutung, Rassismus

und Marginalisierung mit eigenen Strukturen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Verwaltung und Wirtschaft. Bis heute reagiert die mexikanische Regierung mit Repression und Sabotage. Dank an Britt Krause.

Mi, 03.10. / 19:30 Uhr

Laßt die Herren tun, was sie wollen; wir tun, was wir zu tun haben - Weltsozialforum 2004 Mumbai/ Indien

Ein Film von Andrea Plöger und Sabine Weber mit Unterstützung der Stiftung Rosa Luxemburg. Heute leben mehr Menschen in unsicheren Verhältnissen, als noch vor 500 Jahren unter verschärfem Überlebenskampf, besonders für Frauen, aufgrund von Privatisierung und Ressourcenplünderung. Dank an Sabine Weber.

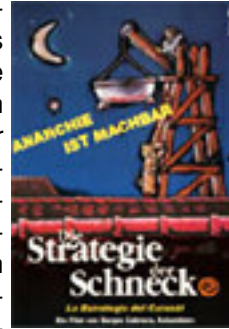


Do, 04.10. / 20:30 Uhr

Die Strategie der Schnecke (Kolumbien)

Eine Komödie von Sergio Cabrera aus dem Jahr 1993. Der Besitzer will sein altes Mietshaus im Vorort von Bogotá entmieten. Hier leben Menschen zusammen, die sich heimisch fühlen (ein alter Anarchist, ein Anwalt ohne Zulassung, ein junger Revolu-

tionär, ein Pater, Gabriel der sich als Gabriela verkauft, eine Alte, ... Sie alle haben keine Chance, aber sie nutzen sie. Der Anarchist entwickelt einen schlitzohrig-genialen Plan, wie man die Zeit bis zum angeordneten Rauswurf nutzen kann: Die Strategie der Schnecke - ein Haus zieht um. Dank an FILMKUNST, Revaler Str. 8.

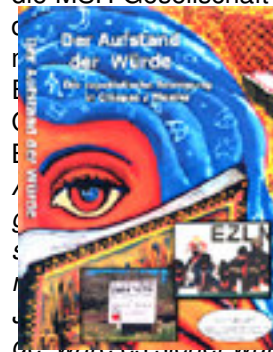


Fr, 05.10. / 18 Uhr

„Wasser unterm Hammer“

Ein Film von Leslie Franke und Hermann Lorenz, eine Produktion der Kern TV in Kooperation mit dem NDR, gefördert durch die MSH Gesellschaft zur Förderung Audiowissenschaften Schleswig-Holstein. Ein Film über die Privatisierung in Wasserhandel in Euzkadi. Ein Film, der auf seiner hohen filmischen Qualität, die nicht nur hervorgehoben wurde, wäre es sicher wünschenswert, wenn Ihre wertvolle Produktion noch öfters einem großen Publikum zugänglich gemacht werden könnte.

Dr. Dietmar Woidke, Minister für Umwelt, Brandenburg
Dank an Gerlinde Schermer.



Eine Veranstaltung des UBI-Filmklub mit kostenloser Mitgliedschaft. Jedes Mitglied entrichtet pro besuchter Veranstaltung 1,50 Euro für Beamer und Filmausleihe. Mitglied kann man bei jeder Veranstaltung werden.

Das Büro gegen Altersdiskriminierung e. V. fordert Rentner auf, gegen die unzureichende Erhöhung von 0.54% Widerspruch einzulegen. Verhartzte sollten dies analog bei den Jobcentern tun. Ein Musterbrief....

Büro gegen
Altersdiskriminierung e. V.



Deutsche Rentenversicherung Bund
Ruhrstr. 2
10709 Berlin

Widerspruch Rentenanpassung 01.07.07
Ihr Bescheid ohne Datum
Vers. Nr.:

Sehr geehrte Damen und Herren,
gegen Ihren o. g. Bescheid erhebe ich Widerspruch. Die Anpassung der Renten nur um 0,54 Prozent verstößt gegen Artikel 3 GG (Gleichheitssatz), gegen Artikel 14 GG (Eigentumsschutz) und gegen das Urteil des BSG vom 31.07.2002 (B 4 RA 120/00). Danach findet die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers dann ihre Schranken, wenn er eine Rentenanpassung unterhalb der Inflationsrate vornimmt, obwohl die Lohn- und Gehaltsentwicklung der aktiven Versicherten wenigstens eine Anpassung nach Inflationsrate zulässt. Insoweit wirkt die existenzsichernde Funktion des individualgrundrechtlichen Renteneigentums.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Stand 12.06.2007) ist der Verbraucherpreis-index im Jahr 2006 um etwa 1,7 Prozent gestiegen. Außerdem verdienten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe im Oktober 2006 durchschnittlich 1,8 Prozent mehr als im Oktober 2005. Zum Vergleich: Nach verschiedenen Medienberichten erhalten die Beamten in Bayern 2007 eine Erhöhung ihres Entgelts um 3 Prozent. Da die Erhöhung der Pensionen an diese Entwicklung angepasst ist, dürfen also auch die Pensionäre in Bayern mit einer entsprechenden Erhöhung ihrer Bezüge rechnen.

Am 27.03.2007 hat der 13 Senat des BSG (B 13 R 37/06) entschieden, dass die Nichtanpassung der Renten zum 01.07.2004 rechtens ist. Zu der nicht nachvollziehbaren Begründung des 13. Senats bei seiner Entscheidung ist folgendes anzumerken:

1) Er betont das öffentliche Interesse an der Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung (Rn. 19, 20).

Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist seit 50 Jahren überwiegend dadurch in Frage gestellt, dass der Gesetzgeber diese mit (sachlich sicherlich gerechtfertigten) Aufgaben der Allgemeinheit belastet, ohne die dafür notwendigen Mittel in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen. Wie Sie aus der beigelegten Anlage* ersehen können, ergibt sich dadurch allein zwischen 1960 und 2002 ein Defizit zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von fast 400 Milliarden Euro. Ob diese gigantische Umverteilung zugunsten derer, die nicht Zwangsglieder in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, wirklich im öffentlichen Interesse ist, kann also durchaus in Frage gestellt werden.

2) Die Begründung des BSG, warum der Altersvorsorgeanteil nicht als sachwidrig angesehen werden kann (Rn. 20), ist nicht nachvollziehbar. Das BSG berücksichtigt dabei nicht, dass die private Vorsorge freiwillig ist, dass diejenigen, die diese in Anspruch nehmen, erhebliche öffentliche Subventionen erhalten, Rentner hingegen diese Subventionen nicht in Anspruch nehmen können, und dass heutige Rentner diese Art der privaten Zusatzversicherung nicht zur Verfügung haben.

3) Auf die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes geht das BSG gar nicht ein (Rn. 28). Bis heute ist sowohl das BVerfG wie auch das BSG eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, warum die Aufteilung der Bevölkerung auf verschiedene Altersvorsorgesysteme, die auf den Ständestaat des 19. Jahrhunderts zurückgeht, im demokratischen Rechtsstaat des 21. Jahrhunderts immer noch als Begründung dafür ausreicht, dass für Arbeitnehmer und Rentner im Gegensatz zu Politikern, Selbständigen, Beamten und Richtern elementare Grundrechte außer Kraft gesetzt sind, um sie durch politische Beliebigkeit (Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers) zu ersetzen, mit verheerenden Folgen für die betroffenen Arbeitnehmer und Rentner.

Infos unter:
<http://www.altersdiskriminierung.de/>

FabrikbesetzerInnen aus Nordhausen bei Lone Star in Frankfurt/Main

Am 6.9. fuhren mehr als 80 KollegInnen der besetzten Fahrradfabrik Bike Systems aus dem thüringischen Nordhausen nach Frankfurt/M. Dort unterhält der Finanzinvestor Lone Star ein Büro. Lone Star hatte die Firma vor anderthalb Jahren aufgekauft und im Juni die Schließung verkündet. Daraufhin haben die 135 FahrradwerkerInnen am 10. Juli ihren Betrieb besetzt.



Da die „Fürsten und Magnaten“, wie die KollegInnen die hohen Herren in einem für diesen Tag gedichteten Lied nennen, nicht bereit waren, zu ihnen zu kommen, sind sie eben selbst nach Frankfurt gefahren. Am Bahnhof wurden sie von ein paar Frankfurter IGM-KollegInnen erwartet, die die Demo für sie angemeldet hatten. Nachdem sich alle mit IGM-„Streiktüten“ oder Heuschreckenkostümen ausgestattet hatten, zog eine lautstarke Demo über die Hauptstraßen zur Hamburger Allee 14, dem Sitz von Lone Star. Die Herren scheinen Angst vor der Öffentlichkeit zu haben. Nur ein winziges Papierschildchen am Briefkasten deutet darauf hin, dass in diesem Glaspalast Lone Star sitzt. Die KollegInnen bauten sich zunächst vor dem Gebäude auf und sangen ihr Protestlied, zum Rhythmus der Trommeln, die sie aus Lacktonnen und anderen Materialien aus ihrem Betrieb geba-

stellt hatten. Die Sprechchöre „Rauskommen!“ zeigten keine Wirkung, also versuchten einige KollegInnen, zu Lone Star vorzudringen. Schließlich wurde eine dreiköpfige Verhandlungsdelegation zugelassen.

Die Forderungen der FahrradwerkerInnen an Lone Star sind:

- Rücknahme des Gesellschafterbeschlusses vom Juni 2007 über die Abwicklung der Fabrik;
- Weiterführung der Produktion oder Verkauf an einen strategischen Investor;
- Rücknahme des Insolvenzbeschlusses vom 10.8.2007.



Erwartungsgemäß kam bei dieser Verhandlung nichts raus. Nach mehr als zwei Stunden Belagerung zogen die KollegInnen wieder zu ihren Bussen, um nach Nordhausen zurückzufahren. Nicht ohne vorher noch mal zu bekräftigen, dass der Kampf weiter geht, wie sie es auch in ihrem Flugblatt mit Clara Zetkin gesagt hatten: „Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!“

Die Umstände sind tatsächlich nicht günstig. Durch den Insolvenzantrag stehen die KollegInnen jetzt ohne Einkommen da.

weiter Seite 10

Fortsetzung von Seite 9: FabrikbesetzerInnen bei Lone Star

Obwohl noch niemand gekündigt wurde und die Arbeitsverhältnisse fortbestehen, zahlt Lone Star keine Löhne mehr und versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Das Insolvenzverfahren wird erst im November eröffnet. Erst dann können die Lohnforderungen aus der Insolvenzmasse erfüllt werden. Um diese Zeit mit Arbeitslosengeld zu überbrücken, mussten die BesetzerInnen zum Arbeitsamt. Viele haben vorsorglich auf den Antrag geschrieben, dass sie nicht bereit sind, bei der MIFA zu arbeiten. Das ist die Fahrradfabrik im 40 km entfernten Sangerau, in die sich Lone Star ebenfalls eingekauft hat. Die Arbeitsbedingungen sollen dort wesentlich schlechter sein, und die

Belegschaft eingeschüchtert. Eine „Lösung“, die Arbeiten für die MIFA unter solchen Bedingungen beinhaltet, ist für die KollegInnen aus Nordhausen nicht akzeptabel.

Genau zwei Monate dauert diese Fabrikbesetzung inzwischen an. Am Anfang hatten die KollegInnen durch viele Aktionen und zahlreiche Präsenz am Werkstor auf sich aufmerksam gemacht. Nach einer Sommerpause, in der die Streikschichten nur notdürftig besetzt waren, planen sie jetzt neue Aktivitäten gegen den „milliardenschweren Gegner“.

*Bericht und Bilder von alix, 07.09.07
www.labournet.de*

SchülerInnen-Café mit Nachhilfe

Dienstags: 16.30 - 20.00 Uhr
gegen Spende !

- Mathe, Englisch, Französisch
- individuell für alle Altersstufen

Stadtteilladen Zielona Góra
Grünberger Str. 73
schuela.zielona@web.de

Bildung für Alle!

Schaut vorbei!



S+U Warschauer Str, U Samariterstr, Bus 240 Boxhagener Platz,
M13 Gärtner-/Wühlischstr, M10 Grünberger Str.

Der rote Faden 2007

Seit Anfang 2006 führt Friedrichshain die traurige Statistik rechter Übergriffe in Berlin an. Sehen Sie nicht weg. Helfen Sie den Opfern, informieren Sie die Polizei / holen Sie Hilfe. Teilen Sie uns Ihre Beobachtungen mit. Sie könnten das nächste Opfer sein!

Übergriffe in Friedrichshain 10/2006

11.10.06: Zwei Menschen werden am Boxhagener Platz von sechs Jugendlichen rassistisch beschimpft. Die Gruppe zieht weiter und randaliert bis die Polizei nach zehn Minuten eintrifft.

14.10.06: Eine Person wird von sechs Jugendlichen am Boxhagener Platz angepöbelt und geschlagen.

27.10.06: Eine Frau wird am Bhf. Warschauer Str. von mehreren Neonazis angegriffen. Ein helfender Passant wird ebenfalls verletzt.

29.10.06: In den Morgenstunden greift eine größere Gruppe Neonazis mehrere Personen am S-Bhf. Frankfurter Allee an. Einige Passanten wehren sich gegen die Angriffe. Wahrscheinlich die gleiche Gruppe hatte gegen 2 Uhr bereits eine Person am S-Bhf. Frankfurter Allee gejagt und ist danach in die Großraumdisko Jeton gegangen. Z.T. organisiert gingen vom Jeton aus immer wieder Kleingruppen auf Streifzug durch den Friedrichshainer Südkiez, trafen sich mit Publikum aus dem Ambrosius (Warschauer Str.), pöbelten wahllos Leute an und schlugen mindestens 2 Personen in der Jessnerstr. Danach gingen sie zurück ins Jeton. In der Simon-Dach-Str. wurden zwei Jugendliche von etwa 10 Personen verfolgt, geschlagen und beraubt. Die Angreifer kamen vom Cassiopeia, Revaler Str.

Friedrichshain Radio - Aktiv !!!



www. *StudioAnzeige*.de

RADIO
UKW **97.2** mhz
FHAIN

Dienstags 16 - 18 Uhr

Spruch des Monats

Macht ein Hund auf die Straße groß,
werden seine Würmer obdachlos.
Macht ein Hund auf die Straße Kot,
haben die Fliegen Abendbrot.
Wird es morgens heller, sitzen die Fliegen
auf dem Frühstücksteller.

Ingo Insterburg

Vernissage Nr. 67

15 Jahre Stadtteilzeitung Bänsch-Echo



Wie alles begann...
Die 1. Ausgabe,
als A4 beidseitig bedruckt,
beschäftigte sich im Oktober 1992
mit einem Müllberg in der Bänsch-Straße,
für den sich der Bezirk nicht zuständig fühlte.

5. Oktober 2007 / 19 Uhr